54. Jahrgang. № 343. Sonnabend, 11. Dezember 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich mehrmaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis mittags 12 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäftl. Anzeigen außerhalb Dresdens 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 75 Pf. Im Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 40 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Sächsische Nachrichten u. Dresdner Nachrichten die Grundzeile 25 Pf. — Nachweisungen 10 Pf. nur gegen Vorausbezahlung. — Belege werden jedesmal berechnet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen! Dresden Guthmann's Cosmos-Seife ist die beste für den Teint Stück 25 Pfg. Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Frostbeulen. Geg. nicht off. Frost: „Dr. Geist's Frostbalsam" zum Pinseln, wirkt schmerzstillend u. zerteilend, Fl. 60 Pf. Geg. off. Frost: „Dr. Geist's Frostsalbe", vorzügl. Heilmittel bei aufgebrochenem Frost, Dose 50 Pf. Versand nach ausw. Bei Einsend. 15 Pf. extra. Löwen-Apotheke, Altmarkt.

Billige Kodaks Bildgr. 6 × 9 cm Mark 10,— " 6½ × 11 " " 13,50 " 8 × 10 " " 22,— **Carl Plaul,** königl. u. Prinzl. Hofl. Wallstr. 25.

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant • Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Der Rat zu Dresden hat beschlossen, für hiesige Architekten einen Ideenwettbewerb von Skizzen für die Ausgestaltung des Königsufers auszuschreiben.

Die Dresdner Stadtgendarmerie soll in dem Gebrauch des Dschiu-Dschitsu ausgebildet werden.

Das hiesige Trainbataillon Nr. 12 begeht vom 3. bis 5. Mai 1910 die Feier seines hundertjährigen Bestehens.

Ueber 1000 Sticker in Plauen haben den sofortigen Streik beschlossen.

Der Reichstag setzte gestern die Generaldebatte zum Reichshaushaltsetat fort, wobei sich der Reichskanzler über die politische Stellung Deutschlands aussprach.

Aus Süddeutschland und Frankreich werden abnorme Schneefälle und zahlreiche Sturmschäden gemeldet.

Die Botschaft des Präsidenten Taft

an den Kongreß sticht in Ton und Inhalt auffällig ab gegen die frisch-fröhlichen Fanfaren des verflossenen „Teddy". Man sucht unwillkürlich nach den markigen Worten, die Theodore Roosevelt bei solchen Gelegenheiten zu prägen pflegte, nach den prägnanten Sätzen, in denen er eine Weltanschauung von Kraft und Tiefe, ein nationales, wirtschaftliches und soziales Programm mit ehrlicher Ueberzeugung zu entwickeln pflegte. Hier nichts von alledem! Alles in allem nur eine trockene Aufzählung einzelner Gegenstände und Fragen der inneren und äußeren Politik, ein Verfahren, das ja unter normalen, ganz ruhigen Verhältnissen und Zeitumständen genügen mag, aber in der Lage, in der sich augenblicklich die Vereinigten Staaten befinden, einen höchst unbefriedigenden Eindruck erweckt. Vor allem vermißt man ein Eingehen des Präsidenten Taft auf die soziale Frage, die Roosevelt sehr energisch in Angriff genommen hatte. Die bisherige Gleichgültigkeit der Yankees gegen die elementarsten Forderungen sozialer Gerechtigkeit ist für kontinentale Begriffe kaum faßlich. In den Betrieben fehlen selbst die einfachsten Schutzvorrichtungen, und von freiwilligen Versicherungsmaßnahmen der Unternehmer zugunsten ihrer Arbeiter ist so gut wie gar keine Rede. Ein staatliches Einareifen in sozialer Hinsicht ist deshalb unbedingt vonnöten, wenn die transatlantische Republik auf den Ruf einer modernen Kulturnation, in der noch höhere Rücksichten als die brutalsten Geldinstinkte obwalten, Wert legt. Theodore Roosevelt hatte diesen springenden Punkt richtig erkannt und ein großzügiges soziales Programm entwickelt, das sich die westeuropäischen Anschauungen zu eigen machte. Seine edlen Worte scheinen aber ungehört unter dem neuen Regime verhallen zu sollen. Die Botschaft Tafts hüllt sich in bezug auf die sozialen Notwendigkeiten in ein vielsagendes eisernes Schweigen, und der zweite bedeutsame Gegenstand der innerameritanischen Politik, die Trustfrage, wird auch nur flüchtig gestreift und einer Sonderbotschaft vorbehalten.

Daß die Milliardäre vor der Energie des neuen Präsidenten in Trustangelegenheiten wenig Respekt haben, bewiesen sie durch eine Hausse, mit der ihr Börsenhauptquartier in Wallstreet in Newyork die Botschaft an den Kongreß begrüßte. Darin kommt deutlich die Zuversicht dieser Kreise zum Ausdruck, daß Mr. Taft und sie sich als „smarte Geschäftsleute" gegenseitig verstehen und schätzen und einander nach dem Grundsatze „leben und leben lassen" behandeln werden. Man merkt an dem vergnügten Schmunzeln der Dollarkönige — „Kaiser" müßte man wohl eigentlich sagen —, wie sehr ihnen „Teddy" auf die Nerven gefallen war und wie ungeteilt ihre Freude darüber ist, daß der Bestgehaßte sich jetzt mit Löwenjagden beschäftigt, anstatt wie ehedem den großen Monopol-Vereinigungen und dem Treiben ihrer Leiter scharf auf die Finger zu passen. Herr Pierpoint Morgan, dem nur ein Roosevelt mit Erfolg Schach zu bieten vermochte, fühlt sich jetzt wieder als unumschränkter Herr der Situation und lächelt spöttisch von oben auf Herrn Taft hernieder, den er ganz in der Westentasche hat. Das amerikanische Volk aber, soweit es noch von gesunden reformatorischen Trieben beherrscht wird, hat inzwischen Zeit, sich darüber klar zu werden, was es an Theodore Roosevelt besessen und was es an ihm verloren hat. Vielleicht wird diese Erkenntnis auch dazu beitragen, den Widerstand gegen ein verfassungsmäßiges Gewohnheitsrecht zu verstärken, das aus übertriebener republikanischer Diktatorenfurcht einen tüchtigen, allgemein beliebten und wahrhaft volkstümlichen Präsidenten verhindert, zum dritten Male hintereinander in das Weiße Haus zu Washington einzuziehen. Jetzt kommt diese Uebung lediglich den Elementen vom Schlage eines Morgan, Rockefeller usw. zugute, die in ihrer Art viel schlimmere Diktatoren sind, als ein „Mann mit starker Faust" an der Spitze der Geschäfte es je werden kann.

Vom Standpunkte des Auslandes aus erweckt das größte Interesse die Stelle in der Botschaft, die sich mit der Zolltariffrage beschäftigt. Es ist bekannt, daß Präsident Taft, der im Zeichen der Tarifreviision gewählt wurde, sich dazu hergegeben hat, im Interesse des republikanischen Trustflügels einen Tarif zu sanktionieren, dessen verheißene „Ermäßigungen" sich durchgängig nach oben hin bewegen. Wenn nun derselbe Mr. Taft in seiner Botschaft auf noch weitere Aenderungen der Zölle hinweist, die sich als die Frucht der Arbeit des neueingerichteten Tarifamtes herausstellen könnten, so darf es nicht wundernehmen, daß die mit Recht mißtrauisch gewordene öffentliche Meinung des Auslandes dahinter in erster Linie wiederum die Absicht wittert, an dem jetzigen Tarif demnächst noch einige weitere „glatte Abrundungen nach oben hin" vorzunehmen. Um so notwendiger ist ein möglichst geschlossener energischer Widerstand der beteiligten fremden Staaten gegen die handelspolitischen Forderungen, die von den Vereinigten Staaten über das erträgliche Maß hinaus erhoben werden. Schon jetzt scheint die entschiedene Haltung Deutschlands und Frankreichs insoweit Eindruck auf die Yankees gemacht zu haben, als der dem Präsidenten an die Seite gestellte Zollbeirat empfohlen hat, den Zeitpunkt der Anwendung des „Straftarifs" — so wird bezeichnenderweise der um 25 Prozent gegen den Mindesttarif hinaufgesetzte Höchsttarif genannt — um neun Monate, vom 1. April 1910 auf den 1. Januar 1911, hinauszuschieben. Dadurch wäre immerhin eine erhebliche Spanne Zeit zur Führung von Verhandlungen gewonnen und es brauchten beiderseits keine mehr oder weniger übereilten Entschlüsse gefaßt zu werden.

Wie die Stimmung bei uns in Deutschland ist, ging in sehr eindrucksvoller Weise aus der Beratung des Reichstages über den portugiesischen Handelsvertrag hervor. Die bei dieser Gelegenheit von allen Parteien an dem Verhalten der Regierung geübte Kritik war gewissermaßen ein handelspolitisches Wetterleuchten, das den künftigen Erörterungen über die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen zur nordamerikanischen Union voranging und darauf schließen ließ, welche heftigen Kämpfe alsdann zu gewärtigen sein werden. Die Einmütigkeit aller Parteien in dem Ausdruck des Unmuts darüber, daß Portugal in dem neuen Vertrage das wirtschaftlich so sehr überlegene Deutschland ganz gehörig gerupft habe, war bemerkenswert; sogar die Freisinnigen stapften nicht so ungestüm, wie sonst üblich, in den ausgetretenen Spuren der Freihandelslehre einher. Somit bleibt nur zu hoffen, daß der gleiche Geist zielbewußter Abwehr und kräftiger deutscher Interessen-Vertretung auch Amerika gegenüber unsere Parteipolitik beherrschen und der Regierung zu kraftvollem Handeln den Rücken stärken möge. Die konservative Partei hat auch in diesem Falle wieder einen überzeugenden Beweis ihrer Industriefreundlichkeit geliefert durch die Einbringung des Antrages, im Hinblick auf die beträchtliche Erhöhung zahlreicher Sätze im amerikanischen Zolltarif solle auf Maßregeln Bedacht genommen werden, die geeignet seien, die Interessen der deutschen Exportindustrie sicherzustellen. Um so mehr wird erwartet werden dürfen, daß die linksliberale freihändlerische Presse nicht abermals in der Entscheidungsstunde in die alte üble Manier der Besorgung der Geschäfte des Auslands zurückverfällt, indem sie auf die „agrarische Begehrlichkeit" losprallt und einer Einigung mit Amerika unter Preisgabe der landwirtschaftlichen Interessen das Wort redet. Was uns Amerika gegenüber auf wirtschaftlichem Gebiete not tut, ist ein verständnisvolles Zusammenwirken zwischen rechts und links unter gleichzeitigem Anschlusse des Zentrums, damit eine Stellungnahme von so einheitlichem Charakter zustande kommt, daß Herrn Taft und seinen Ratgebern die Lust vergeht, uns in der Tariffrage zu brüskieren. Der Augenblick zu einem entschlossenen Vorgehen ist so günstig, wie nur möglich, da in weiten industriellen Kreisen, und nicht zum mindesten in der sächsischen Textilindustrie, eine Strömung vorherrscht, die zu energischen Maßnahmen gegenüber den Vereinigten Staaten drängt, weil sie überzeugt ist, daß man mit den Yankees „Fraktur sprechen" muß, wenn man ihnen imponieren und etwas erreichen will. Ohne den energischen Willen, im Notfalle zu kräftigen zollpolitischen Repressalien gegenüber Amerika zu greifen, werden wir auf die Dauer schlechterdings nicht auskommen. Die wirksamste Abwehr gegen die Ausschreitungen der amerikanischen Zollpolitik ist und bleibt freilich ein mitteleuropäischer Zollbund, der allein die einem vereinzelten Vorgehen immer anhaftenden Schwächen zu überwinden und gegen die Union einen vollwertigen europäischen Gegenstoß zu führen vermag.

Neueste Drahtmeldungen

vom 10 Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die erste Beratung des **Reichshaushaltsetats** wird fortgesetzt. Abg. Wiemer (freis. Vp.): Wir haben von dem Reichskanzler keine eigentliche Programmrede erwartet, wenn wir auch eine solche gewünscht hätten. Der Herr Reichskanzler wünscht in seiner Rede, es solle jetzt rein sachlich gearbeitet werden, er will nicht, daß „in alle Ewigkeit" der Streit über die Finanzreform fortgesetzt werde. Daß das „für alle Ewigkeit" geschehe, glauben auch wir nicht. Aber Herr v. Bethmann täuscht sich doch wohl, wenn er glaubt, daß die Gegensätze, welche die Finanzreform in weiteste Volkskreise getragen hat, gar so rasch und so ohne weiteres aus der Welt geschafft werden können und daß es sich jetzt nur noch handeln könne um „Ruhe als erste Bürgerpflicht". Dem Radikalismus wird gerade dann gedient, wenn der Reichstag die Kritik unserer Zustände und die Kritik des bei der Finanzreform Geschehenen lediglich der äußersten Linken überlassen wollte! (Sehr richtig! links.) Der Kanzler will keine Parteiregierung. Wir haben doch eine Parteiregierung, nur leider eine solche, die sich nicht auf die Mehrheit stützt! (Sehr richtig!) In Preußen haben wir eine konservative Parteiregierung, die es versteht, ihren Einfluß auch auf das Reich geltend zu machen. Fürst Bülow ist ja tatsächlich nur deshalb gestürzt worden, weil er es abgelehnt hat, Geschäftsführer der konservativen Partei zu sein. Herr v. Hertling verlangte gestern ein schärferes Einschreiten der Regierung gegen angeblich irreführende liberale Agitation in bezug auf die neuen Steuern. Herr v. Bethmann-Hollweg hat aber schon für eher zuviel, als zuwenig offiziöse „Aufklärungen" gesorgt. Redner tadelt, daß der Reichskanzler zur Eröffnung der Reichstagssession in Offiziers-Uniform erscheinen sei. (Große Unruhe rechts.) Er hoffe, daß die verfassungsrechtlichen Anträge in der jetzigen Tagung glücklich erledigt werden und daß man auch in Preußen mit der Reform des Wahlrechts etwas weiter komme. Wenn von konservativer Seite gesagt worden sei, wer es wage, in diesem Punkte an der Verfassung zu rühren, treibe ein freventliches Spiel, so spreche die Rechte zwar von der Verfassung, meine dabei aber nur den Schutz ihrer eigenen Interessen. (Unruhe rechts, Beifall links.) Das Zentrum verlangt durch den Mund des Herrn v. Hertling konfessionelle Gleichberechtigung. Eine solche wollen auch wir. Aber wir möchten da doch wünschen, daß das Zentrum auch im Bereiche seiner Einflußsphäre in anderen Staaten für konfessionelle Gleichberechtigung so besorgt sei, wie hier. Daß wir in nächster Zeit vor neuen Steuern verschont bleiben, wünschen wir auch. Aber wir fordern allerdings zugleich, daß die schlimmsten Auswüchse der letzten Finanzreform beseitigt werden und daß deren Ersatz erfolge durch bessere Steuerformen. In London war es neulich sogar ein Minister, Lloyd George, der den antisozialen Zug des Oberhauses stigmatisierte und den oberen Klassen nachsagte, sie hätten, obwohl sie mit Glücksgütern gesegnet seien, kein Herz für die ärmeren Schichten. Dem Herr Reichskanzler mag ja diese „gewürzte Kost" seines englischen Kollegen nicht gerade Behagen bereiten. In jenem Mutterlande des Konstitutionalismus ist man aber nicht so zimperlich im Austragen von Gegensätzen, wie bei uns. Auch bei uns ist es gut, vorhandene Gegensätze offen und klar zum Austrag zu bringen. Redner verurteilt weiter unsere Schutzzollpolitik, den Zwangsarbeitsnachweis der Zechenbesitzer im Ruhrrevier und das Vorgehen gegen den Oberpostassistenten Zollitsch, den Vorsitzenden des betreffenden Beamtenverbandes. Bei der Marine könne noch sparsamer gewirtschaftet werden, bei den Werften müsse kaufmännischer Geist einziehen, wie das ja schon bei der Kolonialverwaltung mit Erfolg geschehen sei. In der Kongofrage werde die Regierung sich hoffentlich dessen bewußt bleiben, daß wir im Kongostaate wirtschaftliche Interessen und auch gewisse Vertragsverpflichtungen gegenüber vorgekommenen Grausamkeiten haben. In Marokko müsse uns die Offene Tür gewahrt bleiben, ebenso müßten unsere Interessen in der Angelegenheit Mannesmann gewahrt bleiben. Unerläßlich seien Verhandlungen zwecks Verhinderung des Wettrüstens. Bedauerlich sei unsere innerpolitische Zerfahrenheit. Der leitende Staatsmann sei nicht imstande, ein festes Programm vorzutragen. Fürst Bülow, der bemüht gewesen sei, etwas nach links zu steuern, sei daran gescheitert. In Sachsen habe Minister Graf Vitzthum erklärt, nur die Konservativen seien imstande, die Staatsautorität zu wahren. Diese Behauptung treffe weder für Sachsen, noch für das Reich zu. Nicht mit Unrecht habe

Handschuhe Altmarkt 8 Handschuhe Spezialgeschäft Gebrüder Wohlauf. Nur Handschuhe